PETER GÖTZ MdB
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung
der CDU und CSU Deutschlands (KPV)

Geschäftsbereich
II - Finanzen
Eing. 25. AUG. 2009
1) Kopie z.V.
2) Weiter an H. Hähle

Herrn
Manfred Abrahams
Vorsitzender des Fachverbandes
der Kämmerer in NRW e.V.
Von-der-Leyen-Platz 1

47798 Krefeld

Berlin, den 21.08.2009

Sehr geehrter Herr Abrahams,

vielen Dank für Ihr Schreiben und die Übersendung der Bergheimer Erklärung der nordrhein-westfälischen Kämmerer an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 3. August 2009, in dessen Namen ich Ihnen als kommunalpolitischer Sprecher sehr gerne antworte.

Die Prognosen bzw. Steuerschätzungen für das Jahr 2009 sind besorgniserregend. Die Auswirkungen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise treffen auch die Kommunen besonders hart. Das Bundesfinanzministerium geht nach der Steuerschätzung vom Mai 2009 von einem Rückgang des Gewerbesteueraufkommens um mindestens 15 % aus. Insbesondere gewerbesteuerstarke Kommunen werden geringere Einnahmen verzeichnen. Auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sind Einnahmerückgänge zu erwarten.

Wie in der Bergheimer Erklärung beschrieben, droht eine Krise der Kommunalfinanzen, wie wir sie aus der Zeit von 1998 bis 2002 kennen. Trotz enormer Einsparungen auf kommunaler Ebene summierten sich die kommunalen Haushaltsdefizite allein in den Jahren 2002 bis 2005 auf 18, 2 Mrd. Euro. In der Geschichte der Bundesrepublik war dies der absolute Tiefpunkt der Kommunalfinanzen.

Durch gezielte Weichenstellungen gelang es, die Vorzeichen der Haushaltssalden zu wechseln. Von 2006 bis 2008 erwirtschafteten die Kommunen Haushaltsüberschüsse in Höhe von insgesamt 18,9 Mrd. Euro. In der ausgehenden

16. Legislaturperiode konnten sie knapp 9 Mrd. Euro Kreditmarktschulden abbauen. Seitens des Bundes haben dazu neben der Schaffung günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen vor allem die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, die Sicherung der Kommunalentlastung im Rahmen der Arbeitsmarktreform Hartz IV, die kommunalfreundliche Weichenstellung der Föderalismusreform I und die Bundesmittel für kommunale Investitionen beigetragen. Auch die Beteiligung des Bundes am Ausbau der Kinderbetreuung, die Novellierung des Wohngeldes und die Dynamisierung bzw. Erhöhung der Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter (SGB XII) wirken nachhaltig entlastend.

CDU und CSU haben in ihrem Regierungsprogramm 2009-2013 klargestellt, dass Deutschland krisenfeste und zukunftsfähige Kommunalfinanzen braucht. Dafür treten wir als die Kommunalpartei in Deutschland entschieden ein. Der aktuelle Handlungsbedarf ist offensichtlich. Die kommenden Monate werden zeigen, welche konkreten Ansätze zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen sich als gangbar erweisen. Neben der politischen Konstellation auf Bundesebene wird dabei auch die Handlungsbereitschaft der Länder eine entscheidende Rolle spielen.

Zu Ihrer Information sende ich Ihnen beiliegend die kommunalpolitische Bilanz der 16. Legislaturperiode und die kommunalrelevanten Aspekte des Regierungsprogramms 2009-2013 von CDU und CSU „Wir haben die Kraft – gemeinsam für unser Land".

Mit freundlichen Grüßen

Peter Götz MdB

CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030/ 227-52962
Telefax 030/ 227-56091
peter.goetz@bundestag.de